

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden
Loben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Buchdruckerei: Gold. Eisenbahn, Dresden.
Bund der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, E.-G. Dresden,
Gebrüder Knoblauch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Schlägen kündbarer Art, ist es durch oder über einen Schlag höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückgängigstellung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der möglichst Unterhaltungsschaltung über 1000. Wölfen,
Königstein, Hirschberg 150. Gräfenthal, Hof- u. Stadtkirche 100. Görlitz
Telegramm - Dresden: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Göttingenstr. 10. Herausgeber Nr. 35261. Sonder-
ausgabe nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Schriftleitung: Göttingenstr. 10. Herausgeber Nr. 35261 und 15271.
Gehaltstage: Dienstag vom 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Wissenswerte. Grundpreise: die 30 mm breite Raspalte
zelle 25 Pf., die 30 mm breite Reklameteile 200 Pf. für niedrigere
Kataloge 40 Pf. und 250 Pf. Familienablagen. Stellen- und Wiss-
schaftliche 40 Pf. Preis Rabatt. Für Briefmarken 10 Pf. Mindestnummer 10 Pf.

Nr. 136

Dresden, Montag, den 15. Juni 1931

42. Jahrgang

Besserung für Herbst zugestanden

Zentrum hinter Brüning - Umfall der Volkspartei
Die SPD. beharrt auf sofortiger Aenderung

D. Berlin, 15. Juni. (Sig. Funt.)

Der Reichskanzler ist am Sonntag abend von der hildesheimer Tagung des Zentrums nach Berlin zurückgekehrt. Er wird bereits heute vormittag die am Sonnabend unterbrochenen Verhandlungen mit den Parteien wieder aufnehmen. zunächst sind Einzelbesprechungen geplant, dann soll eine Konferenz mit sämtlichen Regierungsparteien folgen, an die sich eine Befreiung mit Vertretern der Sozialdemokratie anschließen wird. An der Konferenz mit den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie werden auf Wunsch des Reichskanzlers der preußische Ministerpräsident, Reichstagspräsident Löwe und der Reichsbankpräsident Dr. Luther teilnehmen.

Im Regierungslager ist man neuerdings überzeugt, daß eine Vereinigung zwischen der Reichsregierung, den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie erzielt und die Einberufung des Reichstags zunächst vermieden werden kann. Man ist dieser Überzeugung nicht, weil man bereit wäre, die Notverordnung sofort in dem erforderlichen Maße zu ändern und die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie zugleich zu befriedigen, sondern auf Grund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage. Man ist im Regierungslager — und das gilt ebenso vom Zentrum — fest davon überzeugt, daß die Parteien unter dem Druck der insbesondere von dem Reichsbankpräsidenten vorzutragenden Argumente

ihre Forderung nach sofortiger Aenderung der Notverordnung zurückstellen und sich mit einer "bindenden Befreiung" der Regierung aufzufinden, daß derartige Abänderungen im Herbst vorgenommen werden sollen,

sobald der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober entsprechende Beschlüsse gefaßt habe. Der Optimismus, der von dem Reichskanzler und allen Reichsministern geteilt wird, stützt sich nicht zuletzt auf die offensichtlichen Bewegungen der Deutschen Volkspartei, ihren Beifall auf Einberufung des Reichstags möglichst schnell und ohne viel Aufsehen in sein Gegenteil zu verkehren. Eine Verkündigung von maßgeblicher Seite der Deutschen Volkspartei in der Kölnischen Zeitung, die am Sonntag abend auf Grund der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Dr. Dingeldey während der Eisenbahnfahrt des Reichskanzlers nach Hildesheim der Öffentlichkeit übermittelt wurde und die nach unseren Informationen auf niemand anders als auf Herrn Dingeldey persönlich zurückzuführen ist, deutet die Möglichkeit der

Rückkehr der Volkspartei in das Regierungslager

für Montag bereits an. Natürlich nicht aus der Einsicht, daß der Beschuß der Volkspartei vom Donnerstag eine Dummheit war, sondern weil hinsichtlich der Auftreibung des Reparationsproblems, der Notverordnung und der geforderten Umbildung des Kabinetts zwischen dem Reichskanzler und

Was die Aversitätslichen fordern

SPD. Heidelberg, 13. Juni. (Sig. Drabik.)

Der Vorstand des Reichsbundes, der hier am Sonnabend tagte, nahm eine Entschließung gegen die Regierung Brüning an, in der es heißt, daß "die Führung des deutschen Volkes angeläuft in die Hände anderer, entfloßener und zur rettenden Tat bereiter Männer gelegt werden muss". Die Fortsetzung der gegenwärtigen Regierungspolitik bedeute das Todesurteil für die Landwirtschaft. Die Verdopplung der Buttersteuer, wie sie in der neuen Notverordnung vorgesehen ist, sei unerträglich. Statt dessen wird eine Dargumsteuer auf Südfette und Erhöhung des Butterzolls gefordert. Schließlich heißt es noch in der Entschließung, daß die Notverordnung keinen anderen Sinn habe, als den bisherigen unholzbaren Zustand der Reparationspolitik und die falsch aufgebauten Sozialpolitik künftig am Leben zu erhalten.

Die Entschließung der organisierten Großbauer fordert über jedwede Grenzen hinaus. Sie verbietet alles, was auf der Weislandbund als ungerecht gesehen wird. Die Regierungen des Reichs will später gefüllt und scheint, als ob die Herrschaften bereits vorbereitet seien. Auftrieben kann sie nur eine Regierung, die über die bisherigen Subventionen hinaus leben kann. Große Kästen der Allgemeinheit neue Millionen in den Händen übertragen.

Herr Dingeldey eine "Annäherung" zu erwarten sei. Die Volkspartei steht also in Aussicht, daß Herr Brüning ihr mindestens auf halbem Wege entgegenkommen wird und ihr dieses Entgegenkommen einen neuen Unfall wert ist. Von maßgebender Seite des Zentrums erklärt man uns dagegen, daß Brüning Herrn Dingeldey bisher in keinem Punkte nachgegeben hat und er insbesondere weder jetzt noch in absehbarer Zeit daran denkt, seine Regierung gemäß dem Wunsche der Volkspartei nach rechts zu erweitern. Aber darf man fragen, worauf sich dann die Hoffnung der Volkspartei stützt?

Brüning hat am Sonntag auf der Hildesheimer

Tagung seine Unterredung mit Dingeldey nur gestreift, wie er überhaupt über die aktuelle Frage der Möglichkeiten aus der außerordentlich zugesetzten innerpolitischen Situation grohe Parole herauszuholen, nur sehr wenig gesagt hat. In seinen Ausführungen legte er den Hauptwert auf eine Darstellung der Weltwirtschaftslage und eine Betrachtung über die wirtschaftliche Situation Deutschlands. Der Verlauf der anschließenden Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß

die künftige Politik des Zentrums zum mindesten bis auf weiteres die Politik des Reichskanzlers ist.

Welcher Art diese Politik sein wird, zeigt eine Entschließung, die am Sonntag vom Verteilungsamt und der Reichstagsfraktion des Zentrums in Hildesheim angenommen wurde. Die Entschließung, die unter Mitwirkung des Reichskanzlers zu Papier gelegt wurde, stellt in der Form einen Aufruf an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit dar. Uns interessiert dabei vor allem, daß sich das Zentrum mit der Notverordnung, wie sie ist, trotz der scharfen Kritik der christlichen Gewerkschaften und trotz dem Protest, der aus den Arbeiterschichten des Zentrums von Tag zu Tag lautet gegen die Notverordnung erholt, zunächst abzukündigt. Wahr steht davon in der Entschließung oder in dem Aufruf, wie man es nennen will, kein Wort. Aber die Tendenz dieser Verlautbarung löst keinen Zweifel darüber; eine Bestätigung dafür ist auch der Verlauf der mehrstündigen Debatte in Hildesheim. Von vielen Seiten wurde an der Notverordnung scharfe Kritik geübt, und doch war man sich schließlich mit dem Reichskanzler darin einig, daß an der Notverordnung frühestens im Herbst Änderungen vorgenommen werden sollen.

Die Sozialdemokratie verlangt sofortige Änderungen

In der Entschließung ihrer Reichstagsfraktion vom letzten Freitag heißt es, daß die werktätigen Massen durch die neue Notverordnung „auf das allerhöchste belastet werden und die Notverordnung Maßnahmen enthält, die sozial nicht gerecht, ungerecht und nutzlos sind“. Werden die Regierungen die Reichsregierung und das Reichsbankpräsidenten über die wirtschaftliche Situation und die Gefahren für die deutsche Kreditpolitik und schließlich für die deutsche Währung so sein, daß sich die Sozialdemokratie mit Änderungen der Notverordnung in einigen Wochen aufzudenken gedenkt? Das ist die Frage, mit der sich am Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigen wird.

Die Situation ist nach wie vor bitter ernst und die Möglichkeit, daß bereits jetzt der Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie eintrete, durchaus gegeben.

Rücktrittsdrohung verständigt

Gesetzgebung des Kommunistischen Reichs

8. Offenbach, 13. Juni. (Sig. Funck)

Im Verlauf der hier am Sonntag abgehaltenen gemeinsamen Tagung der KPD und der KPD-Landesleitung wurde der Beschuß gefaßt, daß zunächst der Reichskanzler eine Rücktrittsdrohung über die Reichsregierung. Einheitlich wurde der Reichskanzler gegen die Notverordnung, Ruhr-Steuer und Grasow-Gesetz des Reichswirtschaftsministers verurteilt und die KPD-Kräfte und KPD-Landesleitung entschlossen, der Reichskanzler mit einer Kritik gegen die KPD und KPD-Landesleitung, und es sollte einstimmig der Beschuß gefaßt werden. Diese Kritik ist jedoch nicht erfolgt, da man die Notverordnung, die durch die KPD-Landesleitung und die KPD-Kräfte verurteilt wurde, ja mehrere finanzielle Verhinderungen der Notverordnung müssen in geschaffenen politischen und finanziellen Verhinderungen gemacht werden. Das ist eine gewisse Schwäche und

Reichstag - und was dann?

Eine Warnung vor Illusionen

Von Paul Lübbke, Präsident des Reichstages

Die Entscheidung über die Einberufung des Reichstags ist nahe herangerückt. Nach den Ereignissen der letzten Tage hängt es nicht von den Beschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion allein ab, ob diese Einberufung erfolgt. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß Parteien der Mitte diese Einberufung wünschen, weil ihnen die Notverordnung gegenüber den breiten Massen noch nicht weit genug geht. Die Volkspartei hofft zu erreichen, daß die Lasten noch einseitiger Vergünstungen der Besitzlohn verteilt werden, die Wirtschaftspartei möchte stärkere Vergünstigung des Mittelstandes, das Landvolk möchte noch höhere Zollmauern, andere verlangen raschere Maßnahmen zur Einleitung neuer Reparationsverhandlungen.

Wenn die Einberufung des Parlaments wirklich erfolgen sollte, dann muß sich die Arbeiterschaft von vornherein klar sein, mit welchen Erwartungen sie dessen Entscheidungen entgegensehen kann. Zweifellos wird der Reichstag eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung aufweisen — aber wie eine Mehrheit für einen Erlass zusammengefügt werden soll, ist nicht erkennbar. Die eineinhalb Milliarden Mark Verluste müssen aber gedeckt werden, wenn das Reich und die Länder ihre Verpflichtungen erfüllen und nicht viel stärkere Ausfälle bei zukünftigen Zahlungen eintreten sollen. Es gibt Leute, die an die "sozialistische" Einstellung der Nationalsozialisten glauben und sich eine Deckungsvorlage von den drei sozial eingeführten Parteien vorstellen können. Diese Hoffnungen dürfen nach den ersten Versuchen scheitern. Aber auch wenn wir annehmen, daß sie gelingen könnten, fehlt bei der heutigen Wochteinteilung eine parlamentarische Regierung, um diese Gesetze durchzuführen. Sowohl die Nationalsozialisten wie die Kommunisten erklären, daß sie sich an einer solchen parlamentarischen Regierung — obendrein mit den Sozialdemokraten — nicht beteiligen, sondern das Parlament und sein System abschaffen würden. Der Erfolg und die Durchführung einer neuen Notverordnung oder das gleiche begleitender Gesetze sind also schwer durchführbar.

Im Befürchtung dieser Zusammenhänge wird also die Regierung Brüning vor der Aushebung der Notverordnung zurücktreten oder den Reichstag auflösen. Ob die Auflösung

ermöglichen, um das Abseinken in ein finanzielles, wirtschaftliches und damit politisches Chaos zu vermeiden,

stellt die deutsche Zentrumspartei auch heute die Reichsregierung.

Sie tut dies schließlich in der Erwartung, daß durch die Zusammenfassung aller Kräfte im gegenwärtigen Augenblick eine Lage geschaffen werde, die die Bildung der größten Partei der Notverordnung ermöglicht.

Am Sonntag abend sprach der Reichskanzler mit diesen Wörtern in einer öffentlichen Versammlung. Wenn er gestagt würde: Gefällt Ihnen die neue Notverordnung? welche er mit denen stimmt, die "nein" sagen. Auf die Frage, ob man sie ablegen könne, antwortete er, er wisse keinen schönen Tag, an dem alle Notverordnungen wieder in den Papierkorb wären. Nun,

Der Beschuß der volksparteilichen Reichstagsfraktion auf Einberufung des Reichstags habe den Konsens der Volks 250 Millionen Mark geliefert.

Wenn morgen oder übermorgen durch eine politische Krise, die absolute Ruhe mehr garantieren werde, wieder eine Notverordnung nicht nur eine Diskussion, sondern einen Kreditbeschränkung werden, so kann die KPD-Landesleitung und die KPD-Kräfte am Montag über am Dienstag eine gemeinsame Entscheidung fassen, ob sie das Gesetz verhindern. Dann ist der Beschuß von allen Verantwortung, die die Regierung unseres Tages frei und lebig.

Das heißt also: Wenn der Reichstag am Dienstag nicht den Konsens entgegen den eingesetzten Konsens der Regierungserklärung auf die Notverordnung verzichtet, so ist die Notverordnung.

Sie und Sie - keine Einigung

M. Frankfurt a. M. 13. Juni. (Sig. Wiss.) Der Beschuß der Deutschen Reichstagsfraktion von 12. Juni auf Einberufung des Reichstags am Dienstag, der Reichstag ist inzwischen nicht mehr bestimmt, ob die Notverordnung, die Reichskanzler am Dienstag abberufen wird, bestehen bleibt. — Damit steht die Notverordnung inzwischen offen. — Der Beschuß der Deutschen Reichstagsfraktion, der die Notverordnung bestätigt, ist nicht mehr bestimmt, ob die Notverordnung bestehen bleibt. — Das ist eine gewisse Schwäche und